

# 110. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 20. Januar 2016

## **Top 8: Genitalverstümmelung ist eine Menschenrechtsverletzung-der Verletzung von Körper und Seele von Mädchen und Frauen entschieden entgegenzutreten!**

Antrag

Der Fraktion der SPD

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fraktion der Piraten

Drucksache 16/11705-Neudruck

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Milz. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Schneider das Wort.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Genitalverstümmelung – diese Menschenrechtsverletzung mit tiefen seelischen und körperlichen Wunden der Opfer – muss mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

(Beifall von der FDP)

Wir sind hier sicherlich alle einer Meinung, dass wir enttabuisieren und aufklären müssen, damit diese alte gewalttätige Sitte weder hier in NRW noch sonstwo auf der Welt weiterhin praktiziert wird. Wir alle wollen, dass Frauen, die beschnitten wurden, Hilfe und Beistand finden, um das Erlebte zu verarbeiten.

Liebe Kollegen von Rot-Grün, ich finde es ausgesprochen schade, dass Sie Ihre Einladung für eine gemeinsame Initiative so spät – nämlich erst nach unserer Fraktionssitzung und nach Antragsschluss – ausgesprochen haben. Das ist bedauerlich und zeugt nicht wirklich von Respekt gegenüber anderen Fraktionen. Vielleicht ist solch ein Vorgehen bei Rot-Grün üblich. Für mich als Freidemokratin ist das einfach schlechter Stil.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, bereits vor fast genau acht Jahren hat dieser Landtag auf Antrag und Initiative von CDU und FDP schon einmal eine Debatte über die grausame Sitte der weiblichen Genitalverstümmelung geführt. Seinerzeit wurde beschlossen, dass das Land NRW den Bund aktiv bei der Bekämpfung der weiblichen Genitalbeschneidung unterstützt und das Thema in die medizinische Aus- und Fortbildung aufgenommen wird. Außerdem sollten betroffene Bevölkerungsgruppen für dieses Thema sensibilisiert und aufgeklärt werden.

Die Abgeordneten waren sich einig, dass die weibliche Genitalverstümmelung ein Verbrechen ist. Das sehe ich genauso. Und ich freue mich, dass dies mittlerweile auch so im Strafrecht verankert ist. Der gewalttätigen Unsitte muss allerdings mehr entgegengesetzt werden als nur unser rechtsstaatliches Schwert, das in den Herkunftsländern stumpf und somit wirkungslos ist.

Denn nach wie vor wird der abscheuliche Brauch praktiziert. Diesem sind mittlerweile mehr als 200 Millionen Frauen und Mädchen zum Opfer gefallen. Die schmerzhafteste Beschneidung von Mädchen und Frauen kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen führen. Viele Mädchen – zu viele Mädchen – sind daran schon verstorben.

Mit meinen Ausführungen möchte ich zum Ausdruck bringen, dass die generationsübergreifende Fessel der Genitalverstümmelung aufgebrochen werden muss. Wir müssen den tiefverwurzelten Traditionen und sozialen Verankerungen dieses Phänomens und seiner schädlichen Auswirkung begegnen. Es sind hierbei weltweit alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure gefragt, um Veränderungen in den Haltungen und Meinungen herbeizuführen. Es braucht bei diesem Prozess einen langen Atem, bis die gesellschaftliche Akzeptanz der Frau auch ohne Gewalt zur Selbstverständlichkeit wird.

Auch hier in Nordrhein-Westfalen sind Mädchen und Frauen von der schrecklichen Tradition betroffen oder bedroht. Das wissen wir alle unter anderem auch aus den Gesprächen beim runden Tisch. Es gibt keine genauen Zahlen, wie viel Mädchen und Frauen von dieser gewalttätigen Sitte bedroht sind und wie viele tatsächlich Opfer geworden sind. Es ist aber erforderlich, in wiederholtem Rhythmus dieses Thema hier im Landtag offen zu behandeln, damit unsere Mitbürger für dieses Thema sensibilisiert werden und es zu einem Umdenken kommen kann.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wegen der Sache – nämlich um der abscheulichen Gewalt an Mädchen und Frauen Einhalt zu gebieten – unterstützt die FDP in diesem Haus selbstverständlich eine fraktionsübergreifende Initiative. Bei dieser sollten wir uns dann auch mit dem sogenannten Beschneidungstourismus auseinandersetzen. Weiteres können wir gerne im Ausschuss besprechen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Schneider. –